

Vortrag

Hannes Androsch

Europa im Zeitalter der Globalisierung

Gesellschaft für Außenpolitik

3. Mai 2007

München

Industrie- und Handelskammer, Max-Joseph-Str. 2

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Staatssekretär Spitzner, Frau Generalkonsul Dr. Wessely-Steiner, lieber Herr Dr. Mahr, liebe Freunde, die ich überraschend hier im Auditorium finde, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einladung der Gesellschaft für Außenpolitik, über die ich mich sehr geehrt fühle, bin ich gerne gefolgt.

Vorhin traf ich noch vor dem Hotel die Präsidentin der Salzburger Festspiele, Frau Dr. Helga Rabl-Stadler, die so nebenbei gemeint hat: „So trifft man sich im *Ausland*.“ Das konnte ich nicht unwidersprochen lassen, denn es ist ein Besuch bei Nachbarn. Nicht weil ich meinen ehemaligen Chef, Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky, plagiiieren will, der auf die Frage, warum er so gerne nach München kommt – er hatte hier seinen Zahnarzt – gemeint hat: weil er nicht mehr in Österreich, aber auch noch nicht in Deutschland sei. In meinem Verständnis meine ich, dass ich zu einem guten Nachbarn gekommen bin, mit dem uns eine mehr als tausendjährige Geschichte verbindet, 800 km Grenze, die Donau, die Alpen, und andere Gemeinsamkeiten.

Aber auch die Differenzen muss man gelten lassen: Ihr habt das Oktoberfest, und wir haben das Fasslrutschen in Klosterneuburg. Wäre der Erbfolgekrieg im 18. Jahrhundert anders ausgegangen, hätte es ja gut sein können, dass der Brauch des Fasslrutschens auch in München eingeführt worden wäre. Aber lassen wir es dabei bewenden. Die Differenz hat ihren Charme.

Das gestellte Thema ist bekannt und Herr Dr. Mahr hat in seiner Begrüßung in prägnanter Form auf die aktuellen Probleme, denen wir im europäischen und globalen Kontext gegenüberstehen, hingewiesen.

Der Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 symbolisiert vor allen anderen Beispielen wohl am eindrucksvollsten den Beginn einer neuen Ära nach dem Kalten Krieg. Dessen Ende wurde mit der Implosion der Sowjetunion und deren Imperiums am 25. Dezember 1991 endgültig besiegelt.

Damit war sozusagen die „alte“ Weltordnung überholt, in der sich zwei Supermächte im Gleichgewicht des Schreckens gegenüberstanden, der nicht in allen Weltgegenden nur ein Kalter Krieg war, sondern sich, wie in Korea oder Vietnam, durchaus zu heißen Auseinandersetzungen entzündete. Eine neue Weltordnung war damit jedoch noch nicht entstanden.

Die Implosion des Sowjetimperiums hatte zu Folge, dass die USA als einzige Supermacht, bzw. – wenn man so will – als Megamacht oder gar Hypermacht mit einer hegemonialen Stellung zurückgeblieben ist. Damit hatten manche, in Hegel'scher Dialektik, schon das „Ende der Geschichte“ erreicht gesehen, weil von nun an Demokratie und Marktwirtschaft auf der ganzen Erde als politische und ökonomische Gestaltungsprinzipien vorherrschen würden.

Andere dagegen warnten in düsterer Prophetie vor dem „Zusammenprall der Kulturen“ und sahen diese Weltsicht in ihrer Fehlinterpretation der Geschehnisse im Weiteren Mittleren Osten und erst recht in den kriminellen Anschlägen vom 11. September 2001 und nachfolgenden Attentaten in Madrid und London bestätigt, mit denen der islamische Terrorismus auch auf Europa ausgriff.

Die Welt, in der wir leben, kennt derzeit nur eine Hypermacht, nämlich die USA. Diese Vormachtstellung besteht in vielen Bereichen. Die USA sind Wirtschaftsmacht, sind Konsummacht, sind Kulturmacht. Sie repräsentieren mit einer Vielzahl von Spitzenuniversitäten und Forschungserfolgen, die sich unter

anderem in der Vielzahl der nach Amerika vergebenen Nobel-Preise widerspiegelt, eine globale Bildungselite.

Und mit dem weltweit höchsten Budget für Militär- und Rüstungsausgaben sind die USA die bei weitem größte Militärmacht. Mehr als die Hälfte der weltweiten militärischen Ausgaben entfallen auf die Vereinigten Staaten. Über die ganze Welt verstreut unterhalten sie, ungeachtet der zusätzlichen, zahlreichen Informationsposten, mehr als 750 militärische Stützpunkte, was einen klugen Analytiker zur Wortprägung des „Imperiums der Stützpunkte“ veranlasste. Mit einer gewaltigen Anzahl von Flotten auf allen Weltmeeren, darunter eine Menge atomar getriebener Flugzeugträger, beherrschen sie die Ozeane. Sie dominieren den Luftraum mit Flugzeugen und Raketen, bis hinauf ins Weltall.

Diese „hard power“ charakterisiert ganz wesentlich die Stärke der USA. Mit dieser Macht geht allerdings keineswegs Allmacht einher. Sie kann, wie das Desaster im Irak gezeigt hat, rasch zur Ohnmacht werden.

Aus europäischer Sicht bedeutete der Machtzuwachs der USA zunächst einen weiteren Bedeutungsverlust Europas. Während die „alte“ Weltordnung über fast 400 Jahre von den europäischen Mächten bestimmt wurde, und das 19. Jahrhundert vor allem das Britische Empire zur Weltmacht aufsteigen ließ, wurde das 20. Jahrhundert ganz klar zum „amerikanischen Jahrhundert“. Nach dem Zerfall der Kolonialreiche musste auch das British Empire seine Weltmachtstellung an die USA abgeben. Dessen einziger Widerpart war nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu ihrem Ende die Sowjetunion.

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung stellt sich nun verstärkt die Frage, wo denn Europa liegt, welchen Platz es auf der Rangliste des „amerikanischen Jahrhunderts“ einnimmt, und wo es im 21. Jahrhundert stehen wird.

Europa, zumindest sein Teil diesseits des Eisernen Vorhanges, durchlebte die Phase des Kalten Krieges, trotz aller Bedrohungen, als eine Periode der Sicherheit und des Friedens. Dies ist vor allem dem Schutzschild der USA zu danken. Und wir sollten auch nicht vergessen, dass es die Vereinigten Staaten waren, die durch ihr Eingreifen im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg Europa bereits zweimal vor sich selbst retten mussten. Zu vordergründigem Anti-Amerikanismus bietet dieser Teil der Geschichte des „dunklen Kontinents“ keinen Anlassfall.

Für die westlichen europäischen Staaten war die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, nach allen Leiden und Opfern in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, nach allen anfänglichen Mängeln und Entbehrungen, eine nunmehr über 60 Jahre währende Zeit des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit sowie des steigenden Wohlstandes, bei ausgeweiteter Wohlfahrt und hoher Lebensqualität.

Besonders in den deutschen Bundesländern Bayern, Baden-Württemberg und Hessen ist dieser gesteigerte Wohlstand aus den Wirtschaftsdaten ebenso deutlich ablesbar wie in der Schweiz oder in Nordwest-Italien. Österreich hat in dieser Periode einen beachtenswerten Aufholprozess geschafft, andere Nachbarstaaten von Österreich, zugleich neue EU-Mitglieder, werden sich in absehbarer Zeit annähern und angleichen können.

Bei aller Befriedigung über das Erreichte muss doch daran erinnert werden, dass dies im geschilderten Ausmaß ohne die USA kaum möglich gewesen wäre. Mit allen Hilfestellungen handelten die USA sicherlich auch im eigenen Interesse, was allerdings nichts an den positiven Auswirkungen für Europa ändert.

Gerade das Jahr 2007 bietet Anlass dafür, nicht nur, wie in Berlin erfolgt, dem Goldenen Jubiläum der Römischen Verträge zu gedenken, sondern auch an den 60. Jahrestag sowohl der Truman-Doktrin als auch der berühmten Harvard-Rede von Außenminister General Marshall zu erinnern. Der Schutzschild der USA garantierte Sicherheit, und die Marshall-Planhilfe war ein wichtiger Impuls, um die Nachkriegswirtschaft wieder anzukurbeln und damit schließlich Wohlstand zu schaffen. Wir hatten sicherlich den Motor, es fehlte vorerst aber der Sprit. Und diesen ersten Sprit, um den Motor wieder in Gang zu setzen, haben uns die Vereinigten Staaten geliefert.

Zusammen mit dem Bestreben deutsch-französischer Aussöhnung nach drei verheerenden Kriegsgängen in weniger als hundert Jahren war der Marshall-Plan nicht nur darauf ausgerichtet, zum Zweck der Immunisierung gegen den Kommunismus die westeuropäischen Länder wieder auf die Beine zu bringen, sondern bildete darüber hinaus auch einen wichtigen Anstoß für die europäische Integration.

Es gibt also gute Gründe, die transatlantische Gemeinschaft zu pflegen. Die geopolitische Achse des „freien Westens“, also die Verbindung zwischen den USA und Europa, hat sich lange historisch bewährt, bevor sie durch den prä-

emptiven Unilateralismus der gegenwärtigen US-Regierung brüchig wurde. Dieser wird vom „alten“ Europa aus allerdings guten Gründen in Frage gestellt.

Als Beispiel guter und erfolgreicher Zusammenarbeit entlang der transatlantischen Achse darf vor allem der Erste Golfkrieg gelten, der mit UN-Legitimation und mit der gebotenen Zurückhaltung von Bush I geführt wurde. Aber auch das amerikanische Eingreifen in der Jugoslawien-Krise, die nicht zuletzt durch vorzeitige Anerkennungsschritte von europäischer Seite verschärft wurde. Europa alleine hatte nicht vermocht, den Krisenherd Bosnien und Kosovo zu bewältigen. Selbst der als Reaktion auf „Nine Eleven“ erfolgte Militärschlag in Afghanistan ist als eine UN-legitimierte transatlantische Zusammenarbeit zu sehen.

In weiterer Folge hat sich dies geändert. Denn im Falle ihres Vorgehens gegen den Irak agierten die USA nicht auf der Basis internationaler Legitimation, sondern definitiv unilateral und prä-emptiv. Der Effekt ist ein Desaster. Die USA haben damit alles andere als Frieden, Stabilität und Demokratie in den Weiteren Mittleren Osten (das, was angloamerikanisch als „Broader Middle East“ bezeichnet wird) gebracht. Im Gegenteil: Das Ansehen der USA in der islamischen Welt – und damit das Image des Westens insgesamt – wurden schwer beschädigt, und zusätzlichen Nährboden für fundamentalistischen islamischen Terrorismus war geschaffen.

Auf die Freiheitsstatue in New York, das leuchtende Symbol Amerikas, Hoffnung für so viele Millionen Ankommende in der „Neuen Welt“, fällt inzwischen der schwarze Schatten eines neuen Bildes, des Gefangenenlagers von Guantanamo.

Doch nicht nur der „Krieg gegen den Terror“ – richtigerweise sollte es ein „Kampf gegen den Terror“ sein -, evoziert berechtigte Kritikpunkte. Im Kampf gegen den Terror dürfen gegenüber Dritten vor allem nicht die eigenen Werte, für die man behauptet zu kämpfen, verraten und verkehrt werden.

Bedrohungen durch Terror, aber auch durch internationale Kriminalität, durch Pandemien und Seuchen aber auch globale Flüchtlings- und Migrationströme und die regional unterschiedliche Entwicklung der Altersstrukturen, globale Erwärmung und Klimawandel, Ressourcenverknappung und fehlende Nachhaltigkeit – all dies ist zu globalen Problemen herangewachsen, die bekämpft werden müssen. Doch ihre Bewältigung und Lösung kann nur auf einer gemeinsamen, multilateralen, keinesfalls aber unilateralen Basis erfolgen.

Auch in anderen Bereichen agiert die USA mit eigenwilliger Selbstgerechtigkeit. Als Beispiele hier vorweg – denn die Problematik betrifft Europa ebenso wie das ganze Weltgeschehen – sind vorerst nur die Weigerung der USA zu nennen, globale Abkommen über die Emissions-Reduktion von Treibhausgasen zu ratifizieren oder den enormen Energie-Bedarf und damit die Abhängigkeit von Erdöl einzuschränken. Gerade diese Problemstellungen verdeutlichen in besonderer Weise auch die globalen Zusammenhänge.

In den 90er Jahren tauchte dann der Begriff der Globalisierung auf, unter dem jeder etwas anderes versteht. Manche meinen, er benennt die positive Zukunft schlechthin, andere fürchten diese Entwicklung und trachten danach, sie zu bekämpfen. Jeder hat gute Argumente auf seiner Seite, so dass die Wahrheit wohl zwischen diesen Extrempositionen zu finden sein wird.

Wir verstehen unter Globalisierung die globalen Netzwerke und weltweiten Interdependenzen, die sich immer dichter um unseren Globus legen. Sie sind nicht zuletzt das Produkt der enormen technologischen Veränderungen, die das 20. Jahrhundert zu einem Zeitalter der Beschleunigung geformt haben. Technische Entwicklungen vor allem in den Bereichen von Kommunikation und Transport, brachten alle Weltteile näher zusammen und verwandelten unseren Planeten in vielfacher Hinsicht in ein „global village“.

Globalisierung bedeutet aber heute vor allem, dass die halbe Erdbevölkerung aus selbst gewählter Isolation in die Weltwirtschaft zurückgekehrt ist. Nachdem China seine Mao-Tse-Tung'sche Isolierung, die Länder der Sowjetunion und schließlich Russland den stalinistischen Isolationismus und Indien seinen Nehru-autarkistischen Kurs überwunden hatte, erfolgte die Rückkehr dieser Staaten in die Weltwirtschaft und damit zu einem arbeitsteiligen, vernetzten Wirtschaftssystem.

Damit sind diese Länder auch auf die Bühne der Weltpolitik zurückgekehrt, wodurch sich das Weltgefüge in entscheidender Weise verändert und sich die Gravitationszentren verschoben haben. Nachdem wir schon festgestellt haben, dass wir auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts noch in einem „amerikanischen Jahrhundert“ leben, stellt sich nun die Frage: Steuern wir auf ein „asiatisches Jahrhundert“ zu? Mit einigem Selbstbewusstsein hat die chinesische Regierung begonnen, dies für sich in Anspruch zu nehmen.

Wie immer, es gibt erhebliche Bedeutungsverschiebungen. Wie fallen diese für Europa aus? Welche Position kann es in einem zugleich amerikanischen und asiatischen Jahrhundert einnehmen?

Wie kann das alles Weitergehen, nachdem die „alte“ Nachkriegs-Weltordnung zerbrochen ist und eine neue nicht in Sicht ist? Eine alles bestimmende Mega- oder Hypermacht gibt es zwar militärisch, in anderen Bereichen gibt es sie ganz offensichtlich nicht.

Für die USA als aktuelle Weltmacht Nummer eins wurde eine Analyse ihrer Position im Weltkontext zum Teil schon abgehandelt. Die USA sind und bleiben demnach die bei weitem stärkste Militärmacht, mit globaler Reichweite, über die Meere, den Luftraum und den Weltraum. Allerdings werden die Grenzen dieser „hard power“ Amerikas immer deutlicher, gegenwärtig vor allem im Irak und in Afghanistan.

Hier zeigt sich, dass mit „hard power“ zwar Kriege zu gewinnen sind, aber dass auf solche Weise sicherlich nicht Frieden zu stiften ist. Ganz im Gegenteil. Zum unreinigsten Schaden der Vereinigten Staaten hat man ein Desaster hervorgerufen. Es wäre künftig in potenziellen Krisenregionen wie Pakistan, Saudi Arabien, Ägypten oder Ostasien kaum anders. Und so betrifft die Beschädigung die ganze so wichtige islamische Zone zwischen Hindu Kusch und Marrakesch, mit all ihren unterschiedlichen Völkerschaften. Diese Zone beherbergt auch etwa 60 bis 80 Prozent der weltweiten Ölreserven.

Unzweifelhaft bleiben die USA eine gigantische Wirtschaftsmacht. Auch ihre Zukunft baut auf günstige Voraussetzungen auf: Nordamerika verzeichnet ein verlässlich konstantes Bevölkerungswachstum, wird eine im Durchschnitt jüngere Gesellschaft haben sowie im IT-, Forschungs- und Innovationsbereich führend bleiben. An der hohen Dichte von wissenschaftlichen Kapazitäten und von Spitzen-Universitäten wird sich so schnell nichts ändern.

Das weltwirtschaftliche Ungleichgewicht und die daraus resultierende finanzielle Situation der USA stellt allerdings zunehmend ein Problem von globaler Reichweite dar. Seit 1982 verzeichnen die USA durchgehend steigende Handels- und Leistungsbilanzdefizite.

Petro-Dollar-Recycling und die Sicherung der Dollarfakturierung im Erdölhandel verschaffen den USA, bei gegebenem außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht

und der Wechselbeziehung zu vielen asiatischen, exportgetriebenen Volkswirtschaften, das Privileg eines Treasury Bill Standards. Dies erlaubt den Vereinigten Staaten, ihre Defizite durch nahezu unbegrenzte Geldschaffung selbst auszugleichen, bzw. durch die Inanspruchnahme von rund 80 Prozent der weltweiten Ersparnisse, die ja bislang vor allem in weltweiten Dollar-Vorräten gehalten wurden, so genanntes „fiat-money“ zu schaffen. Dieses Privileg läuft unter dem Titel von „financial state craft“. Als Folge dieser Entwicklung sind die USA zum größten Schuldnerland der Erde und damit auch finanziell verwundbar geworden.

Solange der Dollar als weltweit einzige Reservewährung gelten konnte, verschaffte dies den USA einen gewaltigen Vorteil. Mit der Einführung einer einheitlichen europäischen Währung so wie mit dem Erstarken des Euro, zunehmend aber nun auch durch die steigende Einflussmacht asiatischer Währungen und die Möglichkeiten einer asiatischen Währungsunion (ACU), ist dieses Privileg gefährdet. Der rekord-schwache Dollarkurs gegenüber dem Euro macht dies bereits deutlich.

Derartige weltwirtschaftliche Ungleichgewichte sind auf Dauer nicht haltbar. Gerade zur Lösung dieses globalen Problems, welches die USA mit fragwürdiger Interpretation von „financial state craft“ verursachen, werden multilateral koordinierte, Anpassungen notwendig sein, um eine „sanfte Landung“ zu ermöglichen und damit weltweit schwerwiegende Krisen zu verhindern.

Das alles heißt aber, dass die USA innerhalb der nahen Zukunft die Grenze ihrer exzeptionalistischen Alleinmachtstellung erkennen werden müssen. Sie werden zwar zweifellos eine Megamacht bleiben, jedoch keine konkurrenzlose und von relativ geringerem Gewicht.

Von den aufstrebenden Mächten Asiens ist die chinesische die größte und damit der aussichtsreichste Kandidat für eine künftige Stellung als Großmacht. Das Potential der asiatischen Aufsteiger besteht in gewaltigen Bevölkerungsmassen, gekoppelt mit einem hohen Leistungs- und Erfolgsbestreben, in immer mehr gut ausgebildeten Arbeitskräften, in steigendem technologischen Status und einem sich vergrößernden Anteil am Welt-BIP.

China wird jedenfalls, sofern interne Spannungen und Widersprüche keinen Kollaps auslösen, dem bislang von Amerika definierten Status einer Megamacht sehr nahe kommen – durch wirtschaftliche Stärke, aber auch bezüglich kultureller Attraktivität und selbstbewusster jedenfalls regionaler Machtentfaltung.

So wie China wird auch Indien ein Faktor werden, mit dem gebotenen Abstand natürlich. Derzeit steht das Verhältnis der Bruttonutzenprodukte von China und Indien bei etwa 4 zu 1.

Einige andere Länder, allen voran Indien, Russland, Japan und Brasilien, haben gute Voraussetzung, um als „Global Player“ gelten zu dürfen. Als Aspiranten für Supermächte kommen sie alle und noch andere mehr in Frage, entweder durch das Schwergewicht von Bevölkerungsreichtum, aufgrund ihres Agrarpotenziales oder weil sie über Erdöl, Erdgas oder Rohstoffe verfügen.

Neben diesen Merkmalen weist Russland noch eine Ausdehnung auf, die sich über 11 Zeitzonen erstreckt. Flächenmäßig ist es das größte Land der Welt. Und als europäischer Nachbar ist es von enormer Bedeutung für Europas Energieversorgung.

Zahlreiche Staaten werden ihre Bedeutung aus ihren Energie- und Rohstoffreserven schöpfen. Die Energieabhängigkeit etablierter oder aufsteigender Industriestaaten rückt den arabischen bzw. islamischen „Weiteren Mittleren Osten“ ins Zentrum globaler Interessen und Begehrlichkeiten. Denn Wirtschaftswachstum bedeutet heute steigenden Bedarf an Ressourcen, bedeutet Hunger nach Rohstoffen und bedeutet vor allem Durst nach Erdöl. Auch der Kampf um diese Ressourcen scheint vorgezeichnet, wie schon seit Jahrzehnten die Pipelinediplomatie zeigt.

Erdöl ist als Treibstoff der Weltwirtschaft das „Lebensblut der Zivilisation“. Andere nennen das einstmals „heilige Feuer“ inzwischen auch „Tränen des Teufels“. Nicht von ungefähr liegen die Krisenherde der Welt heute in den Ländern mit konzentrierten Erdölvorkommen. Wettbewerb oder gar Kampf um Rohstoffe, immer noch vor allem um Erdöl, bestimmen im Wesentlichen das politische Geschehen.

Im „Broader Middle East“ konnten die westlichen Mächte vielleicht sogar weniger Probleme lösen als sie selbst – nicht zuletzt mit dem „Krieg gegen den Terror“ – in diesen Regionen schufen. Bis heute sitzen wir hier auf einer ganzen Reihe von Pulverfässern.

Rund 60 Jahre nach der UN-Resolution, mit der ein selbständiger Staat Israel geschaffen wurde, ist das israelisch-palästinensische Problem noch immer ungelöst. Denn der zweite Teil der Resolution, auch für die Palästinenser auch staatlich fundamentierte Lebensgrundlagen zu schaffen, harret bis heute und nun

schon in der dritten Generation der Erfüllung. Die einseitige Unterstützung der Vereinigten Staaten für Israel halte ich, bei aller Sympathie für diesen Staat und seine Menschen, in dieser Parteilichkeit für äußerst problematisch.

Die USA waren in diesem Raum jedoch auch Erbe des negativen Images der vor ihnen imperialistisch agierenden Mächte. Geerbt haben damit die Vereinigten Staaten auch die enttäuschten Hoffnungen arabischer Emanzipation und die daraus resultierenden negativen Gefühle, die sich seinerzeit, nach der Aufteilung des Osmanischen Reiches unter den Siegermächten, vor allem gegen Großbritannien gerichtet haben.

Zuerst von britischer, nach 1953 von amerikanischer Seite, ist es bis heute nicht gelungen, ein tragfähiges Verhältnis zum Iran zu schaffen, nachdem man hier eine bestehende Demokratie (Projekt Ajax) gestürzt hatte. Nach dem Ende des Iran-Irak-Krieges und der Zurückschlagung Saddam Husseins aus Kuwait ist dies umso weniger gelungen.

Obwohl diese Regionen südlich des Mittelmeeres geographisch sehr viel näher an Europa liegen als an den Vereinigten Staaten und daher für Europa auch sicherheitspolitisch bedeutsamer sind, spielt die EU in all diesen Fragen keine nennenswerte Rolle. Die europäischen Länder sind von Flüchtlings- und Migrationströmen aus diesen Gegenden unmittelbar betroffen. Dennoch ist die bestimmende Kraft die „hard power“ der USA. Dagegen könnte Europa mit „soft power“ und einer intelligenten, freilich akkordierten und gemeinsamen Außenpolitik einen friedlichen und jedenfalls nachhaltigeren Lösungsansatz bewirken.

Welche Position kann ein solches Europa realistisch einnehmen? Immerhin sind die EU-27 eine akkumulierte Wirtschaftsmacht. Ihr korrespondiert jedoch keinerlei politische Gewichtung.

Bevor ich zu dieser Frage komme noch einige Anmerkungen zu den so schwerwiegenden Themen von Rohstoffen, Energie und prophezeiten Ressourcen-Kämpfen.

Mit dem Hinweis, dass Erdöl bis heute das Lebensblut der Industrie ist, wurde die globale Energieproblematik bereits angedeutet, die in steigendem Maße auch eine Umweltproblematik ist. Wachstums- und wirtschaftliche Erfolge des Westens als Goldenes Zeitalter und Wirtschaftswunder beruhten wesentlich auf billiger

Energie, vor allem Erdöl, und auf billigen Rohstoffen. Ihre Nutzung erfolgte ohne besondere Beachtung der Energie- und Rohstoffeffizienz. Und so haben wir unsere Umwelt zu lang zu sorglos ausgebeutet. Vielfältige Umweltbelastungen haben sich zu Umweltbedrohungen ausgeweitet. Der Klimawandel muss hier als Alarmsignal verstanden werden.

Schon die Ölpreisschübe von 1973 und 1979 waren warnende Vorboten der Einsicht, dass unser Wirtschaftsmodell an seinen Grenzen angelangt ist. Diese Finalität wird umso deutlicher, da nunmehr die „neue“ Hälfte der Weltbevölkerung dieses Entwicklungsmodell zu übernehmen begonnen hat. Wir stoßen zunehmend an die Grenzen der globalen Möglichkeiten. Massiv gestiegene Rohstoff- und Energiepreise lassen uns dies deutlich spüren.

Innerhalb der nächsten Jahre wird die globale Erdölproduktion ihren Höchststand erreicht haben und das Ende des Erdölzeitalters ankündigen. Gleiches gilt, wenn auch etwas zeitversetzt, für Erdgas.

Dabei ist insgesamt zu bedenken, dass sich die Weltbevölkerung im vorigen Jahrhundert auf 6 Mrd. vervierfacht hat, um bis zur nächsten Jahrhundertmitte um weitere 50 % zu steigen. Gleichzeitig sind viele Regionen, darunter besonders Europa, aber auch Japan und in absehbarer Zukunft auch China, mit einer alternden Bevölkerung konfrontiert.

Mahatma Ghandi hat diese Grenzen schon früher erkannt. Er antwortete einem englischen Journalisten, der explizit davon ausging, Großbritannien wäre das Vorbild, dem die Indische Wirtschaft nacheifern müsse, mit der ironischen Gegenfrage: „Wenn Großbritannien die halbe Welt ausplündern musste, um dahin zu kommen, wo es heute ist, wie viele Welten würde Indien brauchen?“

Bereits die industrielle Revolution basierte, beginnend mit der Mitte des 18. Jahrhunderts, also vor mehr als 250 Jahren, auf einem Wirtschaftsmodell, das sich von fossilen Brennstoffen nährte. War es anfangs Kohle, so betrieben zunehmend Erdöl und Erdgas den globalen Wirtschaftsmotor. Die Wachstumsschübe der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gingen mit steigendem Verbrauch und entsprechenden Umweltbelastungen einher. Insgesamt bedeutet das also, dass die industrialisierte Welt einem „schmutzigen“ Wohlstandsmodell mit all seinen negativen Konsequenzen für Umwelt und Erdklima folgte und noch folgt.

Heute wird nur allzu deutlich: Wenn die aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens das westliche Wachstumsmodell zu kopieren versuchen und die entwickelten westlichen Industriestaaten auf diesem Modell beharren, dann steuern wir auf globale Versorgungs- und Umweltkatastrophen zu. Derzeit herrscht diesbezüglich ein eklatantes globales Ungleichgewicht vor, welches in dieser Form gewiss nicht fortbestehen kann – nicht im Sinne von Fairness und nicht im Sinne von globaler Verteilungsgerechtigkeit.

Diese Ungleichmäßigkeit zeigt sich beispielsweise bereits beim Thema Ernährung. Heute trifft auf 18 % der gesamten Weltbevölkerung die Diagnose der Fettleibigkeit und des lebensbedrohenden Übergewichtes zu, während gleichzeitig ebenso 18 % an Unterernährung leiden.

Um Ihnen einen Eindruck davon zu geben, hier einige Vergleichsdaten. Und da wir vom Erdöl ausgegangen sind, die US-Daten zum Erdölverbrauch gleich vorweg:

Mit einem 5%-Anteil an der Weltbevölkerung beanspruchen die USA 25 % der weltweiten Erdölproduktion und 22 % der globalen Biokapazitäten. Die USA sind weltweit Spitzenreiter sowohl im Wasserverbrauch als auch in der CO₂-Emission, all das mit weiter steigender Tendenz. Dennoch wird China die USA in Kürze übertreffen.

Das Rechen- und Darstellungsmodell des „ökologischen Fußabdruckes“ (ecological footprint) berücksichtigt alle Kräfte, die eine Volkswirtschaft der Natur abverlangt. Es misst sowohl den Energieverbrauch als auch den Abfall, den sie hervorbringt und setzt dies in Relation zu den global verfügbaren Land- und Wassermengen. So beträgt der Fußabdruck der US-Wirtschaft ebenfalls 25 % des Anteils an globalen Biokapazitäten, Europa rangiert mit 19 % geringfügig dahinter, bereits heute dicht gefolgt von China mit 18 %. Indien beansprucht derzeit 7 %, die japanische Volkswirtschaft 5 %. Fazit: Von den Vereinigten Staaten über Europa und den asiatischen Volkswirtschaften leben bereits alle über ihren eigenen ökologischen Möglichkeiten.

Wenn man von Versorgungsengpässen der Zukunft spricht, ist von allen Ressourcen vor allem auch sauberes Wasser zu nennen, dessen Verfügbarkeit sich mit dem Klimawandel in manchen Weltgegenden weiter und zum Teil drastisch reduzieren wird. Auch hier einige Verbrauchsgrößen, welche die globale Verteilungs-Ungleichheit illustrieren. Pro Kopf liegt der tägliche Wasserverbrauch in Mitteleuropa bei durchschnittlich 130 Litern, während in

Indien am Tag pro Person lediglich 25 Liter, in der afrikanischen Subsahara sogar nur 5 Liter zu Verfügung stehen. Auch hier erreicht der Vergleichswert der USA mit 382 Litern pro Kopf und Tag die absolute Rekordhöhe.

Dennoch wird Wirtschaftswachstum eine Notwendigkeit bleiben, denn auch die Weltbevölkerung wächst. Bereits im Laufe des vergangenen Jahrhunderts hat sie sich vervierfacht, und noch im 21. Jahrhundert wird sie bis zur Jahrhundertmitte auf neun Milliarden Menschen angestiegen sein. Auch andere strukturelle Veränderungen müssen bewältigt werden: So werden etwa bald mehr als die Hälfte der Erdbevölkerung in städtischen Agglomerationen leben. Während die Bevölkerungsdichte auf der Nordhalbkugel stagniert und sinkt, wächst sie in südlichen Ländern geradezu explosionsartig an.

Insgesamt wird es großer Ideen, innovativer Kräfte und neuer Entwicklungsmodelle bedürfen, um einer steigenden Anzahl von Menschen mit Nachhaltigkeit Leben und Überleben zu sichern. Es bietet sich damit gerade für Europa die Chance, tonangebend für die Entwicklung neuer technologischer Lösungsmodelle zugunsten eines effizienten Ressourceneinsatzes und neuer umweltschonender Verfahrensprozesse zu werden.

Europa – aber wo liegt es?

„Von Europa weiß offenbar niemand Genaues“, schrieb vor etwa 2.500 Jahren der griechische „Vater der Geschichtsschreibung“ Herodot (gest. um 425 v. Chr.). Die Aussage könnte auch aus unseren Tagen stammen.

Zur Illustration jedoch noch ein zeitnäheres Zitat. Die Sicht der Welt auf Europa charakterisierte Henry Kissinger im Jahre 1973, als er dieses kurzerhand zum „Jahr Europas“ erklärt hatte, mit dem lapidaren Satz: „Europa hat keine Telefonnummer.“ Kürzlich von mir wieder auf diese Aussage angesprochen meinte er: eine Telefonnummer wäre zwar mittlerweile vorhanden, doch der Gesprächspartner am Ende der Leitung wäre ohne Kompetenz.

Gerade wenn es um die Kompetenz geht, ist Europa heute noch immer in nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen gefangen und durch eitle Selbstüberschätzung nationaler Regierungen fragmentiert. Kein einziges europäisches Land dürfte sich der Illusion hingeben, zu glauben, nur weil es Jahrhunderte lang Großmacht, Weltmacht oder Empire war, könne es alleine solches in der geschilderten Konstellation wieder sein. Die architektonischen

Ambiente der europäischen Staatsverwaltungen mögen ja fallweise noch daran erinnern. Wenn man elf Jahre lang in dem herrlichen barocken Winterpalais des Prinzen Eugen in der Wiener Himmelfortgasse arbeiten durfte, entwickelt man ein gewisses Verständnis für solche Eindrücke. Aber man muss sich eben stets im Klaren sein, dass man eben doch nicht der Finanzminister der Donaumonarchie ist sondern der von acht Millionen ÖsterreicherInnen. Dergleichen müsste sich doch auch im Élysée-Palast, in Downing Street number ten oder im auch noch so imposanten House of Lords langsam herumgesprachen haben.

Denn die wohl entscheidendste Botschaft für die Staatenlenker Europas ist: Europa wird im globalen Umfeld nur dann eine Rolle spielen können, wenn es seine Kräfte bündelt. Das schließt kleingeistige Souveränitäts-Attitüden aus.

Von einem so wünschenswerten wie überlebensnotwendigen Europa-Patriotismus sind wir jedoch leider weit entfernt. Neben vielen anderen Beispielen haben es die negativen Referenden-Ergebnisse in Frankreich und den Niederlanden vor rund zwei Jahren deutlich gemacht, zeigte sich dies an den divergierenden Haltungen zum desaströsen Irak-Krieg.

Die Position Europas im globalen Kontext ist von seiner Fähigkeit abhängig, ein mehr an Integration zu leisten. Die Europäische Union muss lernen, mit einer Stimme zu sprechen und dazu seinen inneren Zusammenhalt zu stärken. Das wird für unsere Zukunft ebenso notwendig wie entscheidend sein.

Es wird nicht zuletzt von der „sanften Stärke“ Europas abhängen, ob die Welt in 20 Jahren abermals eine bipolare Weltordnung mit den beiden Supermächten USA und China sein wird, oder ob es gelingt, eine wünschenswerte multilaterale Weltgesellschaft zu entwickeln. Auf dieser Basis ist auch eine Wiederbelebung oder Neudefinition der transatlantischen Gemeinschaft möglich, die jedoch nur dann eine global sinnvolle sein kann, wenn es eine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe ist. Europa muss sich rüsten, um auch auf der politischen Weltbühne Mitspieler und nicht Spielball zu sein, nicht ein Vasall der USA, nicht deren „unsinkbarer Flugzeugträger“ oder eine Raketenabschussrampe.

Die Bedeutung einer intensivierten transatlantischen Achse auf gleicher Augenhöhe, wie dies eben die deutsche Präsidentschaft angepeilt hat, und womit keineswegs gleich Militärmacht verstanden sein will, ergibt sich aus der Gestaltung eines neuen Gravitationszentrums. Zusammengenommen generiert diese transatlantische Gemeinschaft mit 13 % der Weltbevölkerung (jedoch

insgesamt mit sinkender Tendenz) mit annähernd 30 Milliarden Dollar 63 % der globalen Wirtschaftsleistung. 40 % des gesamten Welthandels in Gütern und Dienstleistungen laufen entlang dieser Atlantik-Achse ebenso wie das größte Volumen wechselseitiger Investitionen.

Eine sinnvolle Bündelung der transatlantischen Kräfte würde so manches globale Ungleichgewicht zugunsten Europas ausgleichen und ins Lot bringen.

Bei allen sinnvollen möglichen Verbindungen über den Atlantik hinweg, werden jedoch auch im Vergleich mit den Vereinigten Staaten die Schwächen und Defizite Europas deutlich: Seit mehr als 20 Jahren verzeichnet die US-Wirtschaft höhere Wachstumsraten, ihre Bevölkerung ist jünger und wächst verlässlich. Die Dichte an Spitzenuniversitäten übersteigt den europäischen Standard bei Weitem, und die USA geben rund 100 Milliarden US-Dollar mehr für Forschung aus als man in Europa in diese so wichtige Zukunftsaufgabe investiert.

Ein wesentlicher Aspekt trennt die Entwicklungsperspektiven Europas nicht nur von den USA, sondern vor allem von Staaten wie China und Indien. Während dort, im Falle Asiens, sogar drastisch steigende Geburtenraten auch für die Zukunft Arbeitskräfte und Abgabenzahler versprechen, leben wir hier in Europa in einer alternden Gesellschaft. Es werden immer weniger Kinder geboren, zugleich steigt jedoch die Lebenserwartung dank günstigen Lebensumständen und den medizinischen Fortschritten (Health Adjusted Life Expectancy).

Vor allem in der Finanzierung unserer unzeitgemäß gewordenen Pensionssysteme droht uns ein „Age-Quake“. Nicht zuletzt diese demographischen Veränderungen aufgrund der geänderten Altersstrukturen, was nicht nur mit negativen Aspekten verbunden ist, erfordern in vielen Bereichen den drastischen Umbau unserer Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme.

Gerade vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit von Pensionen muss Europa zu einem sinnvollen und pragmatischen Umgang mit Zuwanderung finden. Gefragt ist eine intelligente Zuwanderungspolitik, die Immigranten assimiliert. In Einzelfällen wird sogar gezielte Zuwanderungs-Motivation und – Werbung notwendig sein. Auf dieser Basis wird auch die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union neuerlich zu bedenken sein. Ich gehöre ja zu jener Minderheit, die für einen EU-Beitritt der Türkei votiert, wenn bestimmte Voraussetzungen noch erfüllt werden.

Jenseits populistischer Xenophobien innerhalb der EU gibt es gute Argumente für eine künftige Mitgliedschaft. Den Befürchtungen, die Türkei würde als bevölkerungsreichster Staat innerhalb der Union rasch zum Schlüsselfaktor der EU-Politik werden, muss in planvoller Weise außenpolitisch, wirtschafts- und finanzpolitisch und nicht zuletzt auch durch die Festlegung sozialstaatlicher Kriterien vorgebaut werden.

Manche politische Entscheidungen, vor allem außen- und verteidigungspolitische, wären für Europa leichter mit der Türkei zu treffen als ohne sie. Jedenfalls hat Europa, mit seinem wachsenden islamischen Bevölkerungsanteil, ein weitaus vitaleres Interesse an einem friedlichen, wohlhabenden und demokratischen Nahen Osten als es die USA haben.

Die EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, sofern im Land selbst die Voraussetzungen erfüllt sind und die EU ihrerseits die Aufnahmefähigkeit geschaffen hat, zu befürworten. Schließlich sind in den „Kopenhagener Kriterien“ von 1993 – einem der wichtigsten Dokumente in der Geschichte der EU – klare Richtlinien über Beitrittsvoraussetzungen für neue Mitglieder formuliert.

Räumlich näher liegende und weitaus aktuellere Herausforderungen bestehen für die Europäische Union und ihre koordinierte Sicherheitspolitik heute im Umgang mit den Balkanstaaten, mit dem Kaukasus, mit der Ukraine, aber auch mit Russland.

Die ukrainische Bevölkerung hat ihr Engagement für Demokratie und nationale Unabhängigkeit bereits leidenschaftlich demonstriert, doch nun würde sie europäische Hilfe und Ermunterung benötigen, um den begonnenen Prozess zu festigen und weiterzuführen.

Henry Kissinger wies gelegentlich gesprächsweise auf die Parallelen zwischen Ukraine und Mexiko hin: Was Mexiko für die USA sei, das wäre die Ukraine für Russland. Der ehemalige ungarische Vize-Premier Dr. Jozsef Marjai, profunder Kenner jener politischer Landstriche, die lange unter kommunistischer Diktatur gelitten hatten, gab mir jedoch auch folgende Differenz zu bedenken: Viele Mexikaner leben in den USA, wenige Amerikaner dagegen in Mexiko. In der Ukraine leben viele Russen, in Russland dagegen keine Ukrainer.

Europa sollte aus wohlverstandennem Eigeninteresse jedenfalls danach trachten, der Ukraine einen allmählichen Eintritt in eine größere europäische Gemeinschaft

zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch den partnerschaftlichen Ausbau der Beziehungen zu Russland zu intensivieren.

Die geschilderten Rahmenbedingungen verlangen insgesamt nicht nach weniger, sondern eindeutig nach MEHR Europa, verlangen nach „soft power“ als der europäischen Kompetenz zu globalen Lösungsansätzen, verlangen nach neuen, integrativen und friedlichen Modellen für Wirtschaft und Zusammenleben.

Doch dies entbindet nicht jedes einzelne Mitgliedsland, selbst seine Hausaufgaben zu machen.

Der Freistaat Bayern hat mit einem Expertengutachten unter dem Titel „Zukunft Bayern 2020“ erst kürzlich beachtenswerte Grundlagen vorgelegt. Doch auch die dort angesprochenen Maßnahmen zugunsten von Standortattraktivität, für Bildung und Arbeit können nicht in Isolation erfolgen, sondern beruhen auf einem globalen Gesamtverständnis.

In dieser globalen Sichtweise spielt die europäische Integration eine wesentliche Rolle. Das gemeinsame Ziel aller Mitglieder liegt in der Vertiefung, Verdichtung und in der absorbierbaren Erweiterung der Europäischen Union. Die Finalität dieser Gemeinschaft kann keine geographische oder gar religiöse sein, sondern beruht ausschließlich auf einer politischen Entscheidung, getroffen nach der Maßgabe von der Wahrnehmung von Interessen und deren Umsetzung.

Die regionalen Aspekte der europäischen Zukunftsgestaltung verlangen nach guten nachbarschaftlichen Beziehungen, nach sinnvoller Kooperation und Ergänzung. Hierfür scheinen – aus österreichischer Sicht – Länder mit einem so außerordentlichen Entwicklungsstand wie Bayern, Baden Württemberg und Hessen geradezu prädestiniert, doch auch andere Nachbarstaaten wie Tschechien, Slowakei oder Slowenien werden sukzessive zu starken Partnerschaften heranwachsen.

Die Bereiche wechselseitig sinnvoller Kooperationen sind vielfältig. Sie liegen etwa in Verkehr und Infrastruktur, in gemeinsamen Interessen von Energiesicherung, von Energie- und Rohstoffeffizienz, liegen im Umweltschutz, in steigendem Maße im Bereich der Bildung, im Universitäts- und Forschungswesen oder in den Arbeitsmärkten der Zukunft, um nur einige Beispiele zu nennen.

Mit eigenen Betrachtungen über ihre Nachbarn Österreich möchte ich meine Ausführungen schließen.

Österreich blieb nach dem Ersten Weltkrieg als kleiner Rest, als künstliches Rumpfbild, eines einstmaligen großen Reiches zurück, und da auch seine wirtschaftlichen Netzwerke auf diese Weise „amputiert“ waren, durchlebte es die Zwischenkriegszeit als ein vernachlässigtes Armenhaus in der Mitte Europas.

Nach 1938, nachdem es als völkerrechtliches Gebilde aufgehört hatte zu existieren, wurde es zum Teil des „Tausendjährigen Reiches“, um als Staat erst wieder 1945 wiederzuerstehen. Die nachfolgende, 10jährige Besatzung war nicht zuletzt Ausdruck und Effekt des Kalten Krieges.

1955 wurde Österreich mit dem Staatsvertrag in die Souveränität entlassen. Auf dem Schachbrett der im geteilten Europa waltenden Mächte war Österreich nicht viel mehr als ein Bauer. Aus der Perspektive der großen Spieler hat man Österreich – wie schon nach dem Ersten Weltkrieg – stets als ein Teil der „Deutschen Frage“ gesehen.

Mit dem Ende des Kalten Krieges sowie mit der Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands war diese Sichtweise ebenso obsolet wie durch den Eintritt Österreichs in die Europäische Union im Jahre 1995. Dennoch ist Deutschland bis heute für Österreich als Nachbar der größte Wirtschaftspartner und für die gesamte Europäische Union der bedeutendste Wirtschaftsfaktor geblieben.

Die erfolgte Ostöffnung der EU nach dem Zerschneiden des Eisernen Vorhanges hat der geographischen Logik im Donauraum schließlich wieder zu ihrem Recht verholfen. Wie kein anderes Mitglied der EU hat die österreichische Wirtschaft hiervon profitieren können.

Wenn allerdings – wie dies erst kürzlich eine IFO-Studie errechnete – behauptet wird, Österreich hätte Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht überholt, so ist dies eine verzerrte Darstellung der Realität. Deutschland ist in seiner Gesamtheit durch die Folgekosten der Wiedervereinigung so belastet, dass zu einem Vergleich nicht der deutsche Durchschnitt sondern die unmittelbar angrenzenden Bundesländer herangezogen werden müssen. Und ein Kräftemessen mit der Wirtschaft Bayerns, mit Hessen oder Baden-Württemberg, fällt für Österreich schon wesentlich anders aus, auch wenn Österreich in Rankings immer noch erstaunlich weit vorne liegt. Wenn mir jemand noch vor 20 Jahren gesagt hätte,

dass Österreich im Jahre 2006 einen beachtlichen Handels- und Leistungsbilanzüberschuss (immerhin in der Höhe von 2,8 Milliarden Euro, Zahlen, von denen die USA nur träumen können!) ausweisen werde, hätte ich ihn schlichtweg für verrückt erklärt.

Neuerdings gab es auch andere Stimmen, die behaupteten, Österreich habe mit der Schweiz gleichgezogen. Auch diese Meldung, auch wenn sie nur auf realitätsfernen Rechenexempeln beruht, hat keineswegs Gelächter ausgelöst.

Tatsache bleibt, dass Österreich in wirtschaftlicher Hinsicht ein gewaltiger Aufholprozess gelungen ist und seinen so vorbildlich starken westlichen Nachbarn im Wohlstandsniveau schon beachtlich nahe gekommen ist. Das mag auch die Tatsache belegen, dass heute ebenso viele ArbeitnehmerInnen aus Deutschland in Österreich tätig sind wie umgekehrt; in Relation zur Größe der beiden Länder bedeutet dies allerdings für Österreich knapp das Zehnfache.

Unabhängig von Rankings und Prognosen ist jedoch festzuhalten, dass die oben genannten Binnenländer, also Bayern, Hessen, Baden-Württemberg, die Schweiz und Österreich, aber auch Nordwestitalien, innerhalb Europas eine hoch entwickelte, hoch technologische und wirtschaftlich dynamische Kernzone bilden, die sehr bald – und dies steht zu hoffen – um neue EU-Mitglieder wie Tschechien, vielleicht um die Slowakei und Kroatien, sicherlich um Slowenien und Ungarn erweitert sein wird.

Aus diesen Erfolgsmeldungen kann man nur folgende Konsequenz ziehen, dass wir alle noch sehr viel mehr und auf noch viel mehr Gebieten enger zusammenarbeiten müssen, ohne dass irgendeiner der Genannten seine Identität oder Eigenständigkeit dabei einbüßen müsste. Engere und tiefere Kooperation sollte unser Ziel sein.

Allerdings, wenn wir unseren Blick noch einmal in die Zukunft und auf den globalen Kontext werfen, dann wird deutlich, dass hier noch mehr Leistungen notwendig sein werden.

Dass diese vor allem im Bereich von Bildung, von Ausbildung und Weiterbildung liegen, wurde ja bereits EU-weit im Rahmen des Lissabonner Prozesses festgeschrieben. Insgesamt wird in Europa zu wenig in Forschung und Entwicklung investiert, die Budgets für Bildung sind – stellt man Vergleiche mit den USA, mit China oder Japan an – vergleichsweise zu gering.

Es nützt jedoch nichts, die Europäische Union oder ihren bürokratischen Apparat dafür verantwortlich zu machen, dass wir heute immer noch weit davon entfernt sind, die in Lissabon für das Jahr 2010 prospektierten Ziele zu erreichen. Das sind letztlich nur Ausreden. Die vermehrte Förderung von bildungs- und forschungsbezogen sowie universitären Bereichen zählt zu den wichtigsten Agenden jedes einzelnen EU-Mitgliedes und damit auch zur langen Liste der dringenden Reformen in Österreich.

Ob nun in Österreich oder in Europa: Wir alle haben beträchtliche Hausaufgaben zu erledigen, in den Ressorts von Energie, von Verkehr, von Umwelt, aber vor allem von Bildung, Universitäten und Forschung. Nicht nur in der Folge von Änderungen der Altersstruktur haben wir enorme Umstrukturierungen zu bewältigen.

An wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen fehlt es uns hierzu ebenso wenig wie an Humanressourcen. Es liegt daher nur an uns selbst – und das heißt an jedem Einzelnen – einen wichtigen Beitrag zu einer sinnvollen Zukunftsgestaltung in einem großen europäischen Denkmodell, aber auch in einem globalen Zusammenhang zu leisten. Dies setzt Leistungsbereitschaft und Engagement, den Abschied von nationalstaatlichen Souveränitätsillusionen und eng kariierter Kleinstaaterei, vor allem aber den Mut zu zukunftsgestaltender Politik voraus.

Dies muss man in Österreich einfordern, dies darf man unseren Nachbarn und in besonderem Maße dem Freistaat Bayern und seiner Hauptstadt München wünschen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.